TUI-Chef Ebel fordert: Sofortige Entlastung für Reisekunden jetzt!

TUI-Chef Sebastian Ebel kritisiert den Deutschen Reisesicherungsfonds und fordert Maßnahmen zur Unterstützung der Branche und Verbraucher.

Deutschland - Der Vorstandschef von TUI, Sebastian Ebel, äußert deutliche Kritik an der aktuellen Situation in der deutschen Reisebranche. Er spricht von ȣsieben teuren Monatenȣ und einem ȣStillstandȣ sowohl für Verbraucher als auch für die Branche. Die Ursachen sieht er insbesondere in den hohen Kosten für den Deutschen Reisesicherungsfonds (DRSF),

in den Reiseveranstalter einzahlen müssen, was für TUI jährliche Belastungen im mittleren zweistelligen Millionenbereich bedeutet. Ebel fordert, die Einzahlpflichten in den DRSF, der als Sicherheitsnetz für betroffene Pauschalreisekunden nach Insolvenzen wie der von FTI im Jahr 2024 dienen soll, zum 1. Juli auszusetzen, da das angestrebte Zielvermögen erreicht sei.

Der DRSF, dessen gesetzlich festgelegtes Zielkapital bei 1,04 Milliarden Euro liegt, hatte im Januar 2023 ein Fondsvolumen von 836 Millionen Euro. Nach der FTI-Insolvenz wurde jedoch ein Rückgang auf 778 Millionen Euro erwartet. Dabei wird der Gesamtschaden durch die Insolvenz auf 332 Millionen Euro geschätzt, von denen 114,8 Millionen Euro zu Lasten des Fonds gingen. Ebel wird in seiner Forderung von Christoph Debus, dem Chef von Dertour, und Marija Linnhoff, der Vorsitzenden des Reisebüroverbands VUSR, unterstützt.

Kritik am DRSF und dessen Handlungsweise

Ebel kritisiert zudem die Passivität der Fondsgeschäftsführung. Seit dem Bruch der Ampel-Koalition sei keine Entscheidung über die Höhe der Entgelte getroffen worden. Trotz der weiterhin anfallenden Einzahlungen, die TUI und andere Anbieter in den Fonds leisten müssen, besteht Ebel auf einer proaktiven Herangehensweise, um die Lage zu verbessern. Er weist darauf hin, dass nicht alle Betroffenen der FTI-Insolvenz bisher ihr Geld zurückerhalten haben, und schlägt vor, den Kunden mehr Wahlmöglichkeiten bei der Absicherung ihrer Reisen zu geben.

Die Verbraucherzentrale Niedersachsen informiert zudem über die Rechtslage für betroffene Reisende. Vertragsrechtliche Beratungen, insbesondere zu den Angelegenheiten des Verbraucherrechts, sind dort verfügbar. Für komplexere Probleme wird eine kostenlose Vor-Ort- oder Video-Beratung angeboten. Dabei müssen Verbraucher beachten, dass keine Rechtsberatung bei Streitigkeiten zwischen Privatpersonen oder anderen Rechtsgebieten wie Familien- oder Mietrecht angeboten wird.

Ausblick und Forderungen

Abschließend fordert Ebel, kurzfristig eine Senkung der Entgelte auf Null zu erreichen, um den Druck auf die Branche und die Verbraucher zu verringern. Langfristig strebt er mehr Transparenz bei den Anlagemöglichkeiten des Fondsvermögens an. Diese Forderungen zielen darauf ab, die Stabilität und Zukunft der Reisebranche zu sichern und den betroffenen Reisenden, die durch Insolvenzen im Sektor geschädigt wurden, zu helfen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.faz.net • www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de

Besuchen Sie uns auf: eine-reise.de